ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arnhold, Madlen

Article

Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Arnhold, Madlen (2009) : Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 16, Iss. 1, pp. 28-40

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169871

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und ihre Herkunft

*Madlen Arnhold**

Einleitung

Auch fast 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung noch immer Vorbehalte gegenüber der marktwirtschaftlichen Ordnung. Was auf den ersten Blick verwundern mag, ist bei näherem Hinsehen durchaus erklärlich, ist ein großer Teil der Menschen in den neuen Ländern doch in der DDR aufgewachsen und hat dort die die individuellen Einstellungen prägenden Erfahrungen gesammelt. Hinzu kommt, dass die bisherige wirtschaftliche Entwicklung vielerlei Enttäuschungen hervorgebracht hat, die auch nicht immer geeignet waren, bestehende Vorurteile gegenüber dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland abzubauen.

In diesem Artikel werden Ergebnisse einer am IFO INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG durchgeführten Untersuchung zu Denkmustern in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland präsentiert. Die Analyse beschränkt sich dabei nicht allein darauf, Unterschiede darzustellen, sondern versucht darüber hinaus auch, die Kausalitäten und sozialpsychologischen Mechanismen für ostdeutschlandspezifische Sichtweisen zu identifizieren. Aus diesem Grund ist es notwendig, die empirischen Befunde aus verschiedenen Befragungen vor dem Hintergrund der Situation in der DDR zu sehen, da diese quasi den gemeinsamen Erfahrungsschatz aller Ostdeutschen darstellt.

Erfahrungshintergrund

Über 40 Jahre hinweg bestand in Ostdeutschland eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mit der Folge, dass auch die Lebenserfahrungen der Menschen nahezu ausschließlich durch dieses Ordnungssystem geprägt waren. Ein wichtiges Merkmal sozialistischer Ordnungen ist dabei die nahezu alle Lebensbereiche durchdringende staatliche Einflussnahme, durch die nicht nur die Eigeninitiative der Bevölkerung gehemmt wurde, sondern darüber hinaus auch einer Normierung individueller und gesellschaftlicher Ansprüche Vorschub geleistet wurde. Es herrschte eine Nivellierungskultur innerhalb nahezu aller Sphären der Gesellschaft. Eine an dem Ideal einer gleichmäßigen Einkommensverteilung orientierte Lohnstruktur, ein auf die Befriedigung von privaten und gesellschaftlichen Grundbedürfnissen ausgerichtetes Warenangebot, die Vermittlung und Manifestation sozialistischer Werte in Gruppenritualen (z. B. Mitgliedschaft in Jugend- und Parteiorganisationen; gemeinsame Freizeitgestaltung in betrieblichen Zusammenhängen) sowie der weitgehende Verzicht auf hierarchiespezifische Privilegien sollten den kollektiven Zusammenhang stärken. Das gesellschaftliche Miteinander war geprägt durch eine starke Betonung von Solidarität, Konsens und Konformität. Hinzu kam die weitgehende Abschottung gegenüber anderen Ländern und Kulturen. Doch der Preis hierfür war hoch: Ablehnung von Außergewöhnlichem und Fremdem, häufig auch kollektive Ausgrenzung des Anderen, Widerspenstigen und Eigensinnigen.[1]

Nach dem Ende der Abschottung gegenüber dem Westen – vollzogen mit dem Mauerfall am 9. November 1989 – überwog zunächst die Euphorie, insbesondere bei den ehemaligen Bürgern der DDR, welche nun lang ersehnte Freiheiten (wieder) erlangt hatten. Doch viele der positiven Verheißungen, welche dem Leben im „Westen“ über Jahre hinweg zugeschrieben worden waren, ließen sich nicht so einfach auf das Leben in einer postsozialistischen Transformationsgesellschaft übertragen. Auch wenn es eher trivial anmutet, muss doch anerkannt werden, dass 40 Jahre ganz offenkundig eine zu lange Zeit sind, als dass mit der Veränderung des institutionellen Rahmens sich auch die Denk- und Verhaltensweisen der Menschen quasi automatisch hätten anpassen können.

Der de facto sämtliche Lebensbereiche umfassende Transformationsprozess veränderte die Lebenswelt eines jeden ostdeutschen Bürgers. Kam in der DDR zumindest implizit politischer Loyalität die höchste Priorität zu, gilt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vor allem fachliche Kompetenz als die Grundvoraussetzung individuellen Erfolgs. Die Entscheidungskompetenz staatssozialistischer Hierarchien wurde ersetzt durch diskursive Prozesse in widerstreitenden politischen Strukturen. Eine durch Konsens geprägte Öffentlichkeit, deren Mitbestimmungsmacht auf ein Minimum begrenzt war, wurde ersetzt durch eine pluralistische und häufig widersprüchliche Öffentlichkeit.[2] Es war kaum zu vermeiden, dass dies viele Menschen zunächst überfordern musste.

Auch in den individuellen Biographien der Menschen hinterließ der Umbruch Spuren. Erhöhte Unsicherheit, eine Entwertung bestehender Qualifikationen, häufig

* *Madlen Arnhold verfasste den vorliegenden Beitrag während ihres Praktikums an der ifo Niederlassung Dresden.*

auch Status- und Identitätsverluste waren Veränderungen, mit denen sich zu arrangieren die Menschen lernen mussten. Die Vielzahl neu gewonnener Freiheiten brachte den Zwang zu eigenständigen Entscheidungen mit sich, verbunden mit der Pflicht, eigenverantwortlich auch mit etwaigen Fehlentscheidungen umzugehen. Das brisanteste Beispiel dafür ist der Arbeitsmarkt; Arbeitslosigkeit stellte für die Menschen aus der DDR eine völlig neue Erfahrung dar. Herausgerissen aus einem durch ein hohes Maß an Solidarität geprägten Arbeitskollektiv standen die Menschen nun vor der Aufgabe, sich selbst auf einem durch Konkurrenz geprägten Arbeitsmarkt zu behaupten. Eine Vielzahl an Unternehmen, in welchen die Menschen bis zur Wende beschäftigt waren, wurden entweder aufgrund von Ineffizienz geschlossen oder privatisiert. Viele andere wurden durch Unternehmer aus der alten Bundesrepublik oder dem westlichen Ausland erworben oder gleich neu gegründet. Einerseits unterstützten diese die ostdeutsche Wirtschaft durch ihr marktwirtschaftliches Know-how beim Aufholprozess zur bisherigen Bundesrepublik. Andererseits fühlten sich viele Ostdeutsche durch eine „westdeutsche Elite“ überschichtet, welche ihren verinnerlichten egalitären Habitus entwertete.[3]

Infolgedessen hatten viele Ostdeutsche das Gefühl, dass auch weiterhin wesentliche Entscheidungen bezüglich der Zukunft ihres Teils Deutschlands über ihren Kopf hinweg getroffen werden, da sie bei wichtigen politischen Aushandlungsprozessen entweder gar nicht beteiligt oder zumindest stark unterrepräsentiert waren; insbesondere die Tätigkeit der Treuhandanstalt hat bei vielen Menschen dieses Gefühl des „Ausgeliefertseins“ hinterlassen. Hinzu kam, dass sich viele Ostdeutsche als Almosenempfänger des Westens[4] fühlten und deshalb als Bürger zweiter Klasse. Zusammenfassend lässt sich formulieren, dass sich die Wende in den Augen vieler Ostdeutscher als „[…] Kontinuitätserfahrung politischer Abhängigkeit […]“[5] darstellte.

Die geschilderten Wendeerfahrungen sind auch ein Grund dafür, dass viele Ostdeutsche dem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen System des vereinigten Deutschlands bis heute reserviert gegenüberstehen. Dies soll im Folgenden anhand von Umfrageergebnissen näher beleuchtet werden. Dabei wird – soweit möglich – auch auf historische und sozialpsychologische Hintergründe der einzelnen Aussagen eingegangen.

Methodische Vorüberlegungen

Als Datengrundlage für die Untersuchung wurden Umfrageergebnisse aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) für den Zeitraum 1980–2006 herangezogen. Im Rahmen dieser Erhebung werden seit 1980 im Abstand von zwei Jahren persönliche Interviews in der ganzen Bundesrepublik durchgeführt (bis 1990 nur in der alten Bundesrepublik einschließlich Westberlin). Bei den Umfrageteilnehmern handelt es sich um einen repräsentativen Querschnitt der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, wobei die angestrebte Nettofallzahl seit 1992 1.100 Interviews in den neuen und 2.400 Interviews in den alten Bundesländern beträgt; Ostdeutsche sind in der ALLBUS-Stichprobe somit überrepräsentiert. Die durchschnittliche Anzahl der erhobenen Variablen beträgt 1.200.[6]

Die für die zu untersuchende Thematik relevanten Variablen wurden nach verschiedenen Kriterien (allgemein bildender Schulabschluss, Erwerbsstatus und Einkommenskategorie, Alter) ausgewertet. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Darstellung allerdings nur dann differenziert nach Schulabschluss, Erwerbsstatus und Einkommenskategorie wiedergegeben, wenn diese Variablen einen bedeutenden Einfluss auf die diagnostizierten Einstellungsunterschiede hatten.

Ergebnisse

Bewertung marktwirtschaftlicher Grundprinzipien und Verteilungsgerechtigkeit

Der erste untersuchte Themenkomplex beschäftigt sich mit Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf die Einstellung zu marktwirtschaftlichen Grundprinzipien und zur Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Hierzu wurde zunächst untersucht, inwieweit Einkommensunterschiede von den Befragten akzeptiert werden und ob sich diesbezüglich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen feststellen lassen. Diese Frage ist deshalb von Bedeutung, da (Einkommens-)Ungleichheit in einer Marktwirtschaft die Grundlage für zwei ihrer basalsten Funktionsmechanismen bildet. Auf der individuellen Ebene fungiert sie als Anreizmechanismus, indem persönlicher Einsatz auch durch entsprechende Mehreinkommen bzw. einen höheren sozialen Status honoriert wird, was sich im Ergebnis allerdings dann auch in höherer Ungleichheit widerspiegelt. Gleichzeitig wirkt sie auf der kollektiven Ebene als Effizienzmechanismus, denn durch die Anstrengungen des Einzelnen auf individueller Ebene wird die Produktivität gesteigert und somit wirtschaftlicher Fortschritt vorangetrieben.

Die Umfrageergebnisse zeigen (vgl. Tab. 1), dass die Zustimmung[7] zu der in der Fragestellung formulierten Aussage in Ostdeutschland im Durchschnitt um 17 % niedriger liegt als in Westdeutschland. Die Ablehnung[8] hingegen liegt in Ostdeutschland um durchschnittlich

17 % höher. Zwar lässt sich in Ostdeutschland über den Erhebungszeitraum hinweg ein leichter Trend in Richtung Zustimmung verzeichnen, doch trotzdem werden Einkommensunterschiede in Ostdeutschland in wesentlich geringerem Maße als Anreizmechanismus akzeptiert als in Westdeutschland. Differenziert man dieses Ergebnis nach Schulabschluss, Erwerbsstatus und Einkommensklassen, ergeben sich teilweise überraschende Befunde: Je höher in den neuen Bundesländern der Schulabschluss, desto geringer die Zustimmung zu dieser Aussage – Personen mit Hauptschulabschluss stimmen dieser Aussage am häufigsten zu. Bezüglich des Erwerbsstatus lässt sich feststellen, dass Personen, welche nebenher oder gar nicht erwerbstätig sind, dieser Aussage am häufigsten zustimmen – ganztags hauptberuflich Erwerbstätige am seltensten. Bezüglich des Einflusses der Einkommenskategorie auf die Zustimmung zeigt sich, dass die Zustimmung zu dieser Aussage umso größer ist, je höher das Einkommen der Befragten ist.

Die diagnostizierte geringere Zustimmung zu dieser Aussage in Ostdeutschland könnte mehrere Gründe haben. Einesteils reflektiert sich hierin wohl ein Erbe aus der Vorwendezeit, welches auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch in den Menschen verankert ist. Die Einkommensspanne in der DDR war sehr gering und oft stärker beeinflusst vom systemkonformen Engagement als von individueller Leistungsfähigkeit oder vom Bildungsniveau der Personen. Zudem wurde in der DDR dem Ideal der (Einkommens-)Gleichheit eine hohe Bedeutung beigemessen. Dies trägt bis in die Gegenwart dazu bei, dass in Ostdeutschland Personen, welche sich innerhalb ihrer Bezugsgruppe durch bessere Leistungen oder ein höheres Einkommen auszeichnen, häufig Misstrauen oder Neid entgegengebracht wird, da sie die Gruppenstruktur und -philosophie in Frage stellen und somit eine potenzielle Bedrohung für die Gruppe und deren Mitglieder darstellen. Dies wiederum kann zu so genannten Downward-Leveling-Prozessen führen. Das bedeutet, dass diese Personen sich lieber auf das durchschnittliche Gruppenniveau abfallen lassen und somit individuelles Potenzial brach liegen lassen, als bei den übrigen Gruppenmitgliedern in Missgunst zu geraten. Wenn der eben beschriebene Prozess innerhalb einer Vielzahl von Gruppen einer Gesellschaft bzw. Teilgesellschaft auftritt, kann eine Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung die Folge sein. Als begünstigender Faktor tritt hinzu, dass das Gemeinschaftsideal/Kollektivideal in den neuen Bundesländern nach wie vor eine hohe normative Verbindlichkeit aufweist, auch wenn es teilweise immer schwieriger für die Menschen zu sein scheint, solidarische Beziehungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu verwirklichen.[9]

Ein Beleg dafür, wie stark das Gleichheitsideal auch heute noch in den neuen Bundesländern verankert ist, liefert eine Studie des Institutes für Demoskopie Allensbach aus dem Jahr 2003 mit dem Titel: „Der Wert der Freiheit“.

Auf die Frage, ob der individuellen Freiheit oder einer möglichst großen Gleichheit größere Bedeutung zukomme,[10] legten in etwa genauso viele Ostdeutsche den Fokus auf Gleichheit wie Westdeutsche auf Freiheit und umgekehrt (vgl. Abb. 1 und 2). Auch wenn sich im Zeitverlauf eine gewisse Annäherungstendenz zwischen beiden Landesteilen feststellen lässt, verdeutlicht dies, wie stark der Wert der Gleichheit immer noch in Ostdeutschland verankert ist und wie stark die Nivellierungs- und Konsenspolitik aus 40 Jahren DDR noch heute nachwirkt.

In den Tenor der bisherigen Ergebnisse reiht sich auch das Antwortverhalten auf die Frage ein, inwieweit die bestehenden sozialen Unterschiede in Deutschland als gerecht oder ungerecht anzusehen sind (vgl. Tab. 2).

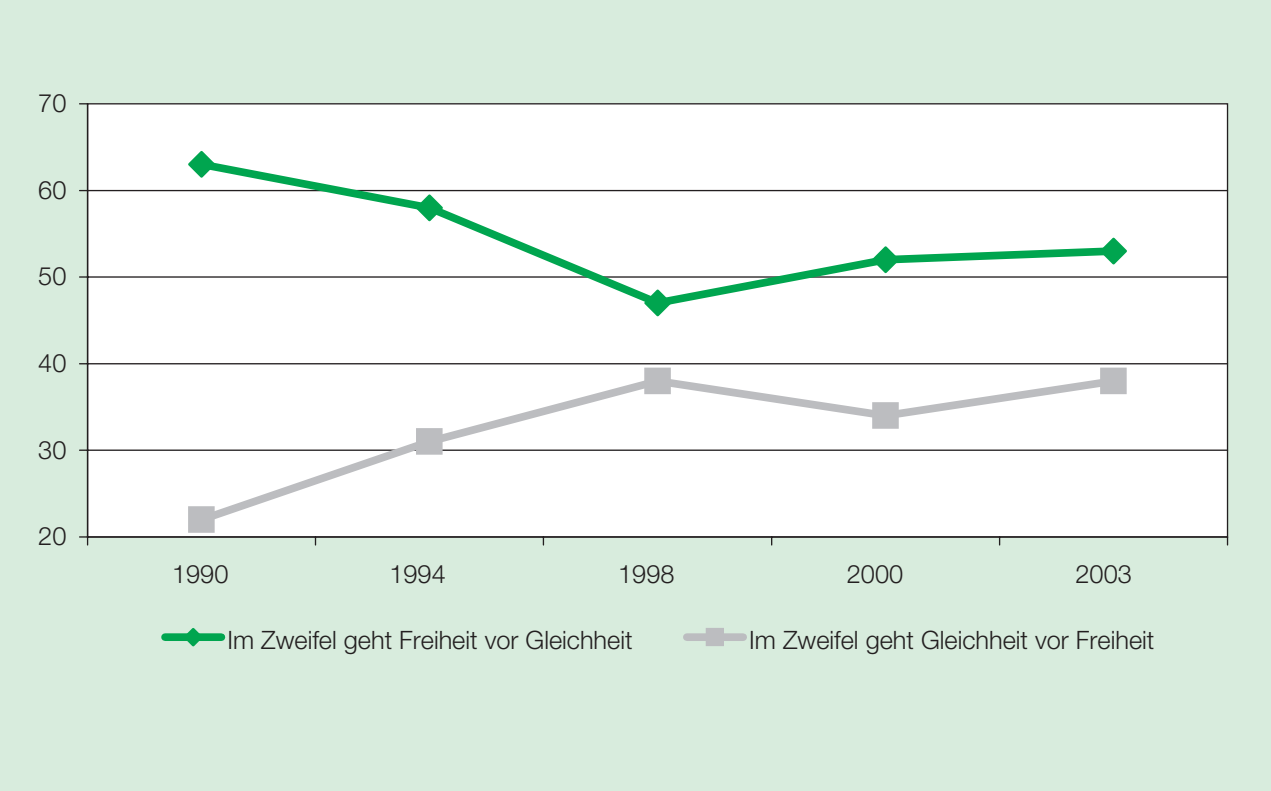
In den Jahren 1994 und 2000 empfanden 30 % mehr Ostdeutsche als Westdeutsche die sozialen Unterschiede in Deutschland als ungerecht; im Jahr 2004 betrug

Tabelle 1: Einkommensdifferenz erhöht die Motivation

	West			Ost		
Zustimmung in %	**1994**	**2000**	**2004**	**1994**	**2000**	**2004**
stimme voll zu	19,4	24,4	19,3	10,1	12,6	10,2
stimme eher zu	43,2	41,8	44,1	34,1	37	36,9
stimme eher nicht zu	27,7	26,5	28,4	34,4	32,7	36,8
stimme gar nicht zu	9,6	7,3	8,2	21,3	17,7	16,1
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

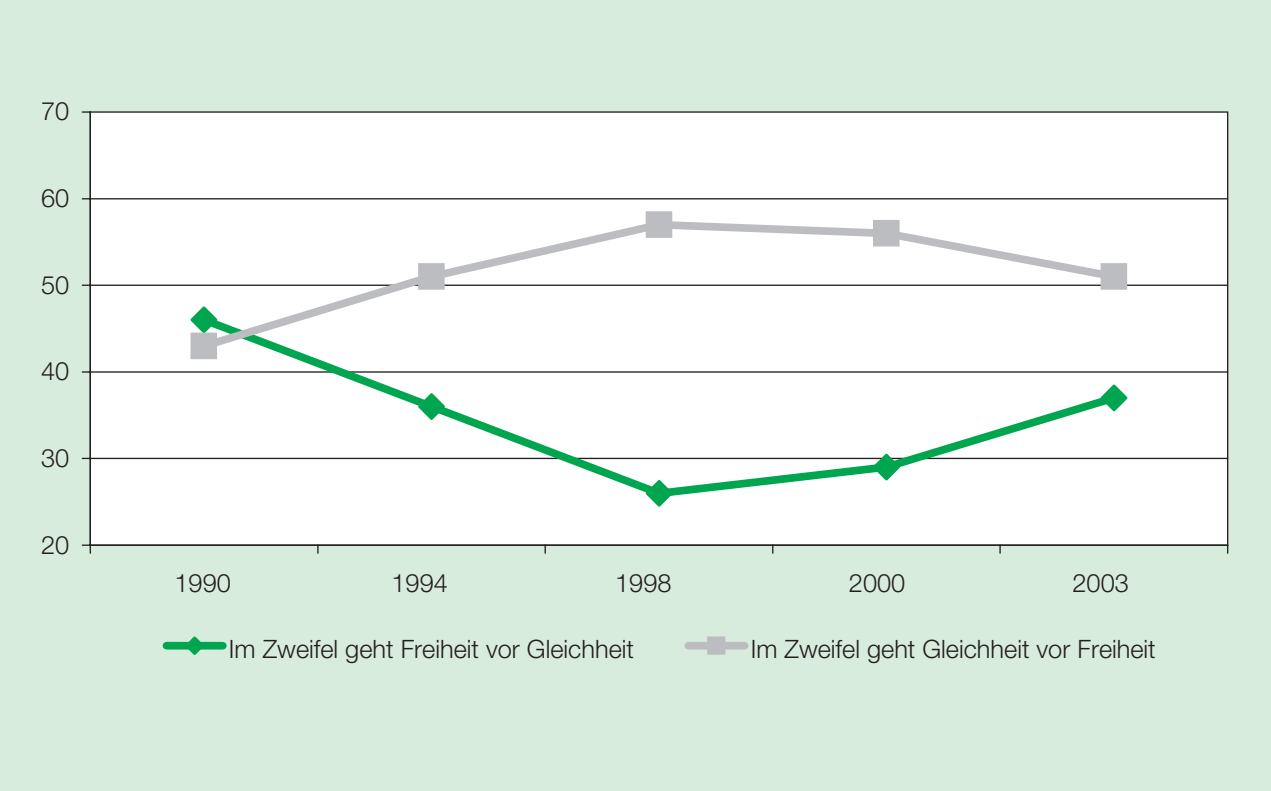
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Freiheit oder Gleichheit – Westdeutschland (Zustimmung in %)



Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 55ff., Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 2: Freiheit oder Gleichheit – Ostdeutschland (Zustimmung in %)



Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 55ff., Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 2: Soziale Unterschiede in Deutschland sind gerecht

	West			Ost		
Zustimmung in %	1994	2000	2004	1994	2000	2004
stimme voll zu	9,6	11,2	6,6	1,6	2,8	1,2
stimme eher zu	36,1	36,2	28,6	10,0	15,1	14,4
stimme eher nicht zu	38,3	38,8	45,9	42,5	43,3	42,4
stimme gar nicht zu	16,1	13,8	18,9	45,9	38,8	42,1
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

die Differenz immerhin noch 20 %. Dieser Unterschied findet sich – offenbar als Folge einer Prägung durch das Elternhaus – in ähnlicher Form auch bei Angehörigen jüngerer Kohorten, obwohl diese die Verhältnisse in der DDR kaum aktiv erlebt haben. Hinzu kommt, dass in Ostdeutschland nahezu doppelt so viele Menschen der Aussage zustimmen, dass sie etwas oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten (62,5 % in Ost und 34,5 % in Westdeutschland) (vgl. Tab. 3). Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Heitmeyer (2008) in einer Langzeituntersuchung der „Deutschen Zustände“ (Folge 7).

Aber worin liegen die Ursachen für diese stark negative Wahrnehmung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland durch die Bevölkerung in Ostdeutschland? Hier stellt sich zunächst die Frage, was die einzelnen Befragten unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und inwieweit diese Auffassung durch die Historie des jeweiligen Landesteils begründet ist. Daher liegen die Ursachen sicherlich auch hier einerseits in dem Verständnis von sozialer (Verteilungs-)Gerechtigkeit, welches durch die DDR geprägt wurde. Andererseits kommen an dieser Stelle die Erfahrungen des Transformationsprozesses und dessen sozialpsychologische Komponente zum Tragen. Nach der „Theorie der sozialen Identität“ von Tajfel (1978) strebt jedes Individuum danach, die eigene soziale Identität positiv zu gestalten. Einen gewichtigen Faktor bildet dabei die Anerkennung der Gruppe, welcher man sich zugehörig fühlt (Ingroup) und damit die Abgrenzung zu anderen Gruppen, mit denen das Individuum keine von einem „Wir-Gefühl“ geprägten sozialen Beziehungen verbindet (Outgroup). Je stärker die Identifikation mit der Ingroup, desto wichtiger ist deren Anerkennung für die Identität ihrer Mitglieder. Da sich Personen aus den neuen Bundesländern häufiger als Ostdeutsche und Personen aus den alten Bundesländern häufiger als Bundesbürger fühlen, kommt dieser Faktor bei den innerdeutschen Beziehungen besonders zum Tragen.[11]

Hinzu kommt das menschliche Bedürfnis nach sozialer Zufriedenheit. Infolge der „Theorie der relativen Deprivation“ entsteht Unzufriedenheit (= Deprivation) dann, „[…] wenn Menschen eine negative Diskrepanz empfinden zwischen von ihnen als legitim betrachteten Erwartungen und der augenblicklichen Realität. Diese Erwartungen können begründet werden aufgrund sozialer Vergleiche auf interpersonaler, intra- und intergruppaler Ebene […].“[12] Bei dem Vergleich des Gerechtigkeitsempfindens der Ost- im Vergleich zu den Westdeutschen spielt

Tabelle 3: Gerechter Anteil am Lebensstandard (2006)

Zustimmung in %	Westdeutschland	Ostdeutschland
mehr als gerechten Anteil	6,6	2,9
gerechten Anteil	58,9	34,6
etwas weniger	27,8	48,4
sehr viel weniger	6,7	14,1
Total	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

die intergruppale Ebene die größte Rolle. Der zugrunde liegende Mechanismus kann wie folgt beschrieben werden: Zunächst stellt eine Gruppe fest, (1) dass sie über ein gewünschtes Objekt nicht verfügt, (2) eine andere Gruppe jedoch im Besitz dessen ist (z. B. ein höheres Einkommen). Wenn die nicht besitzende Gruppe daraufhin den Eindruck gewinnt, dass (3) auch sie einen Anspruch auf das Objekt habe, (4) sie den Wunsch für umsetzbar hält und (5) nicht sich selbst dafür verantwortlich macht, dass sie das gewünschte Objekt noch nicht besitzt, denn entsteht nach Crosby (1976) ein Gefühl von Unzufriedenheit bzw. ungerechter Behandlung. Anhand dieser Theorie lassen sich sowohl das stärker ausgeprägte Ungerechtigkeitsempfinden in Ostdeutschland als auch die geringere Zufriedenheit mit den Lebensumständen ansatzweise erklären. Als weitere Einflussfaktoren gilt es jedoch objektive Faktoren, wie z. B. die höhere Arbeitslosenquote, zu berücksichtigen. Subsumierend lässt sich formulieren, dass die objektiven Lebensumstände für die eigene Befindlichkeit meist weniger entscheidend sind als Vergleiche zwischen der eigenen Lebenssituation und jener anderer Personen abhängig von der individuellen Zentralität des jeweiligen Lebensbereiches.[13]

Im Rahmen der Beurteilung der Gerechtigkeit in Deutschland soll an dieser Stelle noch kurz darauf eingegangen werden, inwieweit die Menschen das wirtschaftliche System als verantwortlich für Ungerechtigkeit ansehen (vgl. Tab. 4 und 5).

Es zeigt sich, dass die Hälfte der Ostdeutschen der Meinung ist, dass die Marktwirtschaft automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit führt. Lediglich 28 % sind der Meinung, dass diese soziale Gerechtigkeit erst ermöglicht. Andererseits stimmt die Mehrzahl der Ostdeutschen der Aussage zu, dass der Sozialismus eine gute Idee war, die in der Realität der DDR nur falsch umgesetzt wurde. Es zeigt sich also eine geringe Wertschätzung des gegenwärtigen marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems, dafür aber ein beschönigender Blick auf den Sozialismus. Begründet mögen diese Einstellungen teilweise in enttäuschten Erwartungen der Ostdeutschen an die Marktwirtschaft sein. Doch auch fehlende Aufklärung über die Funktionsmechanismen der Marktwirtschaft sowie tradierte Vorurteile ihr gegenüber tragen sicherlich einen Teil dazu bei. Diese resultieren nicht zuletzt aus der ideologischen Prägung durch den Sozialismus in der DDR.

Auffällig ist jedoch, dass in Westdeutschland die Zustimmung zur Gerechtigkeit in der Markwirtschaft bei den unter 30-Jährigen wesentlich niedriger ist als beim westdeutschen Durchschnitt. In Ostdeutschland hingegen ist bei dieser Altersgruppe eher Unentschlossenheit

Tabelle 4: Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit (2003)

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
Zustimmung in %	Befragte insgesamt	Befragte unter 30 Jahren	Befragte insgesamt	Befragte unter 30 Jahren
„Die soziale Marktwirtschaft macht soziale Gerechtigkeit erst möglich. Ein Staat braucht viel Geld, um Arme und sozial Schwache zu unterstützen, und dieses Geld hat er nur in einer gut funktionierenden Marktwirtschaft zur Verfügung.“	55,0	42,0	28,0	20,0
„Das sehe ich anders. Die Marktwirtschaft führt automatisch zu sozialer Ungerechtigkeit. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.“	28,0	34,0	50,0	45,0
Unentschieden/Keine Angabe	17,0	24,0	22,0	35,0
Total	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 158, Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 5: Sozialismus gute Idee, schlechte Umsetzung

	West			Ost		
Zustimmung in %	1994	2000	2006	1994	2000	2006
stimme voll zu	13,6	18,8	18,4	43,8	38,1	40,6
stimme eher zu	30,0	32,8	28,7	37,4	39,3	33,3
stimme eher nicht zu	28,7	27,2	26,7	11,4	15,4	17,6
stimme gar nicht zu	27,7	21,3	26,2	7,4	7,1	8,5
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

zu beobachten. Offenkundig fällt es dieser Gruppe im Zwiespalt zwischen einer teilweise verklärten Einstellung gegenüber dem Sozialismus in der Elterngeneration und den eigenen Erfahrungen in der Marktwirtschaft schwer, sich eindeutig zu positionieren.

Einstellungen bezüglich der Verantwortung des Staates

Der zweite Komplex, welcher untersucht werden soll, beinhaltet die Thematik der oft postulierten Versorgungs- und Anspruchsmentalität vieler Ostdeutscher. Unterstellt wird in diesem Zusammenhang häufig fehlende Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, unzureichende Eigeninitiative und geringer ausgeprägter Leistungswille. Die Ergebnisse der Datenauswertung zeigen, dass es vor allem im Hinblick auf die dem Staat zugewiesene Verantwortung eine große Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen gibt (vgl. Tab. 6).

Wie man anhand der Tabelle 6 erkennen kann, ist die Zustimmung zu beiden Aussagen in Ostdeutschland wesentlich höher als in Westdeutschland. Zwar ist die volle Zustimmung seit 1994 um nahezu 20 % gesunken, trotzdem lag sie 2004 immer noch um 13–15 % höher als in Westdeutschland. Mit höherem Bildungsabschluss nimmt die Zustimmung jedoch ab. Das gleiche Muster bezüglich der Verantwortung des Staates präsentiert sich, wenn man die Verantwortung nach einzelnen gesellschaftlichen Bereichen aufspaltet (vgl. Tab. 7).

Es zeigt sich, dass Ostdeutsche wesentlich häufiger eine Verantwortung beim Staat und weniger bei sich selbst sehen, wenn es darum geht, den persönlichen Wohlstand zu garantieren und den Einzelnen vor den „Risiken“ eines marktwirtschaftlichen Systems zu schützen. Die Gründe für diese großen Unterschiede lassen sich vermutlich auch bei dieser Thematik in der DDR-Vergangenheit finden. Arbeitslosigkeit und soziale Not spielten in der Erfahrung der Menschen 40 Jahre lang keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Die Menschen waren eingebettet in einen Alltag, welcher bestimmt war durch staatliche Regelungen, die in nahezu jeden Lebensbereich hineinwirkten. Eigeninitiative und selbstständiges Handeln wurden nur wenig gefordert und gefördert. Das Leben verlief im Großen und Ganzen in vorgegebenen Bahnen mit wenigen Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen. Hingegen wurde beides in den staatlich gelenkten Medien der DDR als ein prägendes Merkmal des westdeutschen Systems dargestellt, was sich unmittelbar nach der Vereinigung für viele dann auch zu bewahrheiten schien.

Mittlerweile liegt das Ende der DDR fast 20 Jahre zurück und es könnte vermutet werden, dass diese Zeit in den Mentalitäten und Einstellungen der Menschen keine Rolle mehr spielt. Doch knapp 30 % der heutigen Bevölkerung der neuen Bundesländer haben 40 Jahre ihres Lebens in der DDR und deren sozialistischen Gesellschafts- und Politiksystem verbracht.[14] Dies prägt einerseits das eigene Leben maßgeblich. Doch auch die intergenerationale Weitergabe solcher Erfahrungen in Form von Erziehung spielt eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, ähnliche Einstellungen bei ost- und westdeutschen Jugendlichen zu erklären. Denn die zeitliche Dimension der Auswirkungen derartiger Transformationsprozesse umfasst stets zwei Arten des Wandels: Einerseits einen Wandel der individuellen Persönlichkeit und andererseits einen Generationen umspannenden Wandel. Ersterer wird dabei stets einen kürzeren Zeitraum beanspruchen.[15]

Diese eben beschriebenen Prägungen spiegeln sich ferner in den unterschiedlichen Vorstellungen der Menschen von einem idealen Staat wider (vgl. Abb. 3). Überraschend ist, dass Freiheiten, wie Reise- oder Meinungsfreiheit, welche in der DDR stark eingeschränkt waren, gegenwärtig einen geringeren Stellenwert für die Menschen aus Ostdeutschland zu haben scheinen als für Westdeutsche. Vor dem historischen Hintergrund wäre eigentlich das Gegenteil zu erwarten gewesen.

Tabelle 6: Verantwortung des Staates

	Sorge des Staates für Arbeit und stabile Preise[a]					
	West			Ost		
Zustimmung in %	1994		2004	1994		2004
stimme voll zu	26,3		25,6	55,8		38,5
stimme eher zu	43,5		38,7	29,1		38,8
stimme eher nicht zu	22,5		27,6	12,1		18,0
stimme gar nicht zu	7,8		8,1	3,0		4,7
Total	100,0		100,0	100,0		100,0
	Versorgung durch den Staat bei Not und Arbeitslosigkeit[b]					
	West			Ost		
Zustimmung in %	1994	2000	2004	1994	2000	2004
stimme voll zu	46,9	39,2	40,7	75,4	56,8	55,6
stimme eher zu	40,2	46,1	42	21,3	35,4	36,5
stimme eher nicht zu	10,6	12,7	15,2	2,4	7,0	7,1
stimme gar nicht zu	2,3	2,0	2,0	0,8	0,8	0,7
Total	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Gutes Geld ohne Leistung[c]					
	West			Ost		
Zustimmung in %	1994	2000		1994	2000	
stimme voll zu	11,5	12,5		16,2	19,0	
stimme eher zu	28,6	34,4		26,0	35,6	
stimme eher nicht zu	36,9	37,4		37,3	32,7	
stimme gar nicht zu	23,0	15,7		20,6	12,7	
Total	100,0	100,0		100,0	100,0	

a) „Der Staat muss dafür sorgen, dass jeder Arbeit hat und die Preise stabil bleiben, auch wenn deshalb die Freiheiten der Unternehmer eingeschränkt werden." – b) „Der Staat muss dafür sorgen, dass man auch bei Krankheit, Not und Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat." – c) „Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht."

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Bei weiterführenden Untersuchungen stellt man fest, dass sich dieses Einstellungsmuster bezüglich der enormen Bedeutung der Erwerbstätigkeit auch in den Prioritäten der Ostdeutschen für das eigene Leben widerspiegelt (vgl. Tab. 8).

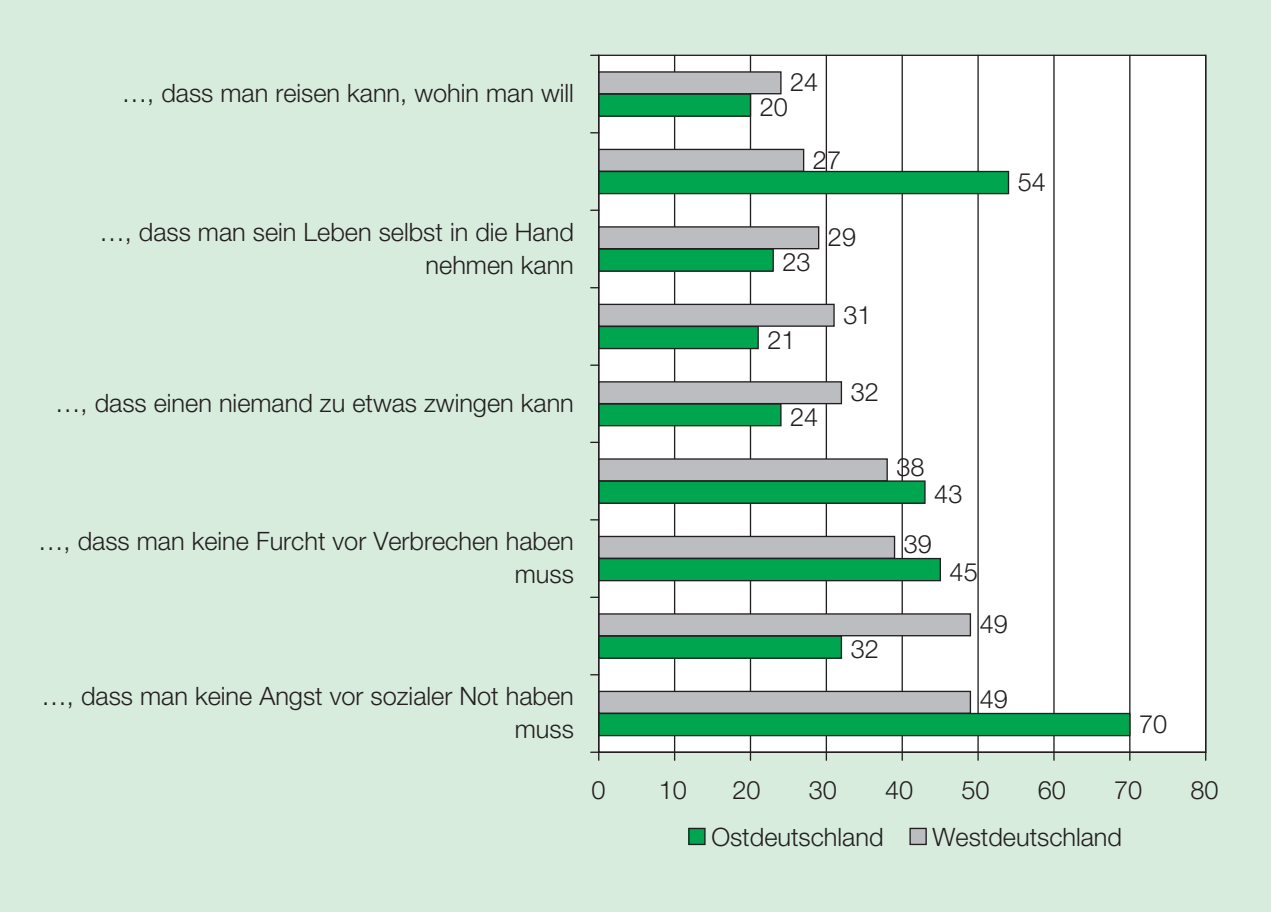
Eine Ursache für das diagnostizierte Muster liegt in der starken persönlichen Definition der Identität der Ostdeutschen über die persönliche Erwerbstätigkeit. Jahrelang wurden sie geprägt durch einen sozialistischen Staat, in dem es charakteristisch für die Lebensweise war, in eine „sozialistische Brigade" bzw. ein „sozialistisches Arbeitskollektiv" eingebunden zu sein. Arbeits- und Privatleben waren tendenziell weniger separiert als heute, denn das Arbeitskollektiv war zugleich ein Ort, wo der Einzelne persönliche Schwierigkeiten, wie z. B. Probleme mit Kollegen und Vorgesetzten, aber auch familiäre Probleme ansprechen konnte. Konkurrenz und Statusunterschiede spielten nahezu keine Rolle. Auch bei der

Tabelle 7: Verantwortung des Staates für einzelne Bereiche (2006)

	Der Staat sollte …			
	jedem einen Arbeitsplatz bereitstellen, der arbeiten will		Preise unter Kontrolle halten	
Zustimmung in %	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
auf jeden Fall verantwortlich sein	29,8	46,2	30,9	45,7
verantwortlich sein	32,7	33,7	43,6	40,7
nicht verantwortlich sein	28,4	17,1	19,7	11,2
auf keinen Fall verantwortlich sein	9,1	2,9	5,8	2,3
Total	100,0	100,0	100,0	100,0
	gesundheitliche Versorgung für Kranke bereitstellen		der Industrie Hilfen gewähren, um ihr Wachstum zu sichern	
Zustimmung in %	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
auf jeden Fall verantwortlich sein	50,8	62,2	17,3	24,8
verantwortlich sein	44,7	35,1	40,8	37,4
nicht verantwortlich sein	4,1	2,3	31,5	31,0
auf keinen Fall verantwortlich sein	0,4	0,4	10,4	6,8
Total	100,0	100,0	100,0	100,0
	den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard sichern		die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abbauen	
Zustimmung in %	**West**	**Ost**	**West**	**Ost**
auf jeden Fall verantwortlich sein	15,1	25,6	25,5	50,3
verantwortlich sein	51,6	54,1	41,2	32,9
nicht verantwortlich sein	24,9	16,7	24,5	14,3
auf keinen Fall verantwortlich sein	8,5	3,6	8,8	2,5
Total	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Vorstellungen vom idealen Staat (Zustimmung in %)



Quellen: Institut für Demoskopie Allensbach (2003); S. 65, Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 8: Individuelle Bedeutung der Erwerbstätigkeit (2006)

	Sichere Stellung im Beruf	
Zustimmung in %	**West**	**Ost**
sehr wichtig	64,8	74,0
wichtig	31,7	23,7
weder noch	2,2	1,4
nicht wichtig	0,6	0,2
überhaupt nicht wichtig	0,6	0,7
	Ausübung des Berufes, auch wenn genug Geld da ist	
Zustimmung in %	**West**	**Ost**
stimme voll und ganz zu	20,1	26,7
stimme zu	45,1	48,8
weder noch	12,1	9,5
stimme nicht zu	14,3	10,0
stimme überhaupt nicht zu	8,4	5,0
Total	100,0	100,0

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Freizeitgestaltung hatte das Arbeitskollektiv eine wesentliche Bedeutung. Betriebsfeiern und -ausflüge, von denen auch die Ehepartner nicht ausgeschlossen wurden, waren keine Seltenheit. All das führte dazu, dass der Lebensinhalt, das Selbstbewusstsein und die Selbstachtung der Menschen in der DDR in hohem Maße durch die Beteiligung am Erwerbsleben beeinflusst wurden und bis heute werden.

Intergenerationale Modernisierungsresistenz

In der bisherigen Diskussion der ostdeutschen Mentalität und ihrer Ursachen wurde der Fokus vorrangig auf die Prägungen durch das DDR-Regime gerichtet. An dieser Stelle soll nun auf eine andere ergänzende Perspektive eingegangen werden – die Hypothese der „intergenerationalen Modernisierungsresistenz“[16]. Diese beinhaltet, dass für einen Großteil der ostdeutschen Bevölkerung eine veränderungsresistente Grundstimmung charakteristisch ist, welche von Generation zu Generation weitergegeben wird. Untersucht wurde dieses Phänomen durch Alheit et al. (2004) innerhalb einer qualitativen Vergleichsstudie. Datenbasis waren biografisch-narrative Interviews mit Großeltern und ihren Enkeln. Es zeigte sich, dass sich in Ostdeutschland mehr als die Hälfte der Großeltern-Enkel-Beziehung dem Persistenz-Typus zuordnen ließ – unabhängig vom Milieu. Dieser ist gekennzeichnet durch eine hohe Stabilität intergenerationaler Tradierung. D. h. die charakteristische Art mit der Sozialwelt umzugehen, hat sich gleichsam von der Großeltern- auf die Enkelgeneration „vererbt“. Dies äußert sich unter anderem in bestimmten Familienritualen, einem spezifischen Rollenverständnis oder auch politischen Einstellungen.

Gegenpole zum Persistenz-Typus bilden der Bruch-Typus sowie der Modernisierungstypus, welcher laut Studie vermutlich für die Mehrheit der Großeltern-Enkel-Beziehungen in Westdeutschland charakteristisch ist.[17] Der zweite ist dabei gekennzeichnet durch einen sozialen Aufstieg, eine Veränderung der Position im „sozialen Raum“[18] und eine modernisierte Art, mit der Sozialwelt umzugehen. Dies geht jedoch nicht zwangsläufig mit einem Wandel des Basishabitus zwischen Großeltern und Enkel einher. Der Bruch-Typus ist hingegen gekennzeichnet durch eine soziale Abwärtsbewegung, aber auch einen inszenierten oder tatsächlichen Habitusbruch. Er ist jedoch nur bei einer Minderheit anzutreffen.

Zusammenfassend bedeuten diese Ergebnisse, dass sich der soziale Raum in Ostdeutschland wesentlich weniger modernisiert hat als in Westdeutschland; er ist nach wie vor in seiner inneren Dynamik blockiert. Es kann daher von einer „intergenerationalen Modernisierungsresistenz“[19] gesprochen werden.

Dieses Modernisierungsdefizit zeigt sich auch in Form der vorherrschenden gesellschaftlichen Werte. Einen prominenten Indikator dafür bildet der so genannte Inglehart-Index. Es handelt sich dabei um einen auf der Postmaterialismus-These von Inglehart (1998) aufbauenden Index, welcher angibt, wie groß der Anteil an Materialisten, Postmaterialisten sowie der jeweiligen Mischtypen innerhalb einer Gesellschaft ist. Anhand der Datenauswertung des ALLBUS ergeben sich folgende Ergebnisse für Deutschland (vgl. Tab. 9):

Zwar zeigt sich in Ostdeutschland im Verlauf der Zeit eine Verschiebung der Dominanz vom Materialistischen hin zum Postmaterialistischen Mischtyp. Doch trotzdem ist der Anteil der Postmaterialisten im Jahr 2006 um ca. 30 % geringer als in Westdeutschland. Diese materialistischere Wertorientierung zeigt sich auch anhand einer höheren Priorität eines Berufs mit hohem Einkommen.

Neben der angesprochenen Modernisierungsresistenz dürfte ein weiterer Grund für diese materialistischere Grundorientierung im geringeren materiellen Wohlstand in Ostdeutschland liegen, welcher laut Inglehart (1998) einen maßgeblichen Einfluss auf die Herausbildung postmaterialistischer Werteinstellungen hat.

Eine Folge dieser Orientierung ist ein geringeres Maß an Individualisierung (= Übergang des Individuums von Fremd- zur Selbstbestimmung). Dies bedeutet, dass es für die Menschen schwieriger ist, selbstständig alternative Lösungsansätze für bestehende Probleme zu entwickeln und diese aktiv umzusetzen. Dies führt dazu, dass es den Menschen leichter fällt, externe Vorgaben umzusetzen als selbst aktiv zu werden. Dieser verzögerte Wertewandel könnte einer der Gründe für den immer noch andauernden Aufholprozess der neuen gegenüber den alten Bundesländern sein.

Resümee

Im Verlauf der Datenauswertung und Literaturrecherche hat sich gezeigt, dass es auch fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch große Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Insbesondere die zu untersuchende Hypothese wurde bestätigt. Denn es hat sich gezeigt, dass die Identifikation und Zufriedenheit der Einzelnen mit dem gegenwärtigen wirtschaftlichen, aber auch dem politischen System der BRD in Ostdeutschland geringer ist. Zudem wurde ein verzögerter Wertewandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten festgestellt. Dieser ist jedoch die Voraussetzung für Individualisierung und somit selbstbestimmtes, eigeninitiiertes und eigenverantwortliches Handeln.

Tabelle 9: Inglehart-Index

	Inglehart-Index					
	West			Ost		
Anteil in %	1994	2000	2006	1994	2000	2006
Postmaterialisten	22,1	26,5	23,1	10,8	16,0	16,5
Postmaterialistischer Mischtyp	28,4	28,1	27,8	27,8	33,4	37,9
Materialistischer Mischtyp	31,9	31,9	32,2	36,4	33,0	27,8
Materialisten	17,5	13,5	16,9	25,0	17,6	17,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Wichtigkeit: Beruf mit hohem Einkommen					
	West			Ost		
Anteil in %	2000			2000		
1 = unwichtig	1,1			0,6		
2	2,9			1,2		
3	7,7			4,5		
4	23,4			15,1		
5	33,6			27,2		
6	17,5			25,0		
7 = sehr wichtig	13,8			26,4		
Total	100,0			100,0		

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Literatur:

Alheit, P. (2005): Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2005. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Alheit, P.; K. Bast-Heider, K. und P. Drauschke (2004): Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland. Frankfurt/Main.

Austin, W. G. und S. Worchel (1986): The social psychology of intergroup relations. Montery, CA.

Bade, F.-J. (1998): Ost und West in Westdeutschland. Träume, Wirklichkeit, Perspektiven. Heidelberg.

Born, S. (1997): Der Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland: die schwierige Balance zwischen Markt und Staat nach sieben Jahren deutscher Vereinigung. Bonn.

Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/Main.

Crosby, F. (1976): A model of egoistical relative deprivation. Psychological Review 83, S. 85–113.

Elis, P. (2000): Biographische Brüche in Ostdeutschland. Der politische Umbruch und seine Folgen für die Subjekte. Oldenburg.

Heitmeyer, W. (2008): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt/Main.

Inglehart, R. (1998): Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/Main u. a.

Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2003): Der Wert der Freiheit. Ergebnisse einer Grundlagenstudie zum Freiheitsverständnis der Deutschen. Allensbach.

Kollmorgen, R. (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden.

Leuschner, B. (1996): Statusdifferenzierung und soziale Unzufriedenheit. Eine Studie zum ost-westdeutschen Vergleich. Münster.

Maaz, H.-J. (2008): Der bittere und der der süße Geschmack der DDR. In: Sächsische Zeitung: 10. 10. 2008, S. 5.

Montada, L. und M. Schmitt (1999): Gerechtigkeitserleben im wiedervereinigten Deutschland. Opladen.

Mühlberg, D. (2001): Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/2001. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Röper, E. (2005): Die minderen Brüder und Schwestern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2005. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Scheller, G.: Individualisierungsprozesse in den neuen Bundesländern. Zur Freisetzung aus den Arbeitskollektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37–38/2002. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturreinrichtungen und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Tajfel, H. (1978): Differentiation between social groups. Studies in the social psychology of intergroup relations. London.

http://www.gesis.org/en/services/data/survey-data/allbus/general-information/ (Stand: 10. 12. 2008)

www.destatis.de (Stand: 18. 01. 2009)

Datenquellen

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturreinrichtungen e.V. (GESIS): ALLBUS 1980–2006. Im Internet: https://download.za.gesis.org/ index.php3

Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturreinrichtungen e.V. (GESIS): ALLBUS 2006. Im Internet: https://download.za.gesis.org/ index.php3

1 *Vgl. Alheit, Bast-Heider und Drauschke (2004), S. 332.*
2 *Vgl. Bade (1998), S. 20.*
3 *Vgl. Alheit, Bast-Heider und Drauschke (2004), S. 333.*
4 *Vgl. Röper (2005), S. 20.*
5 *Vgl. Mühlberg (2001), S. 37.*
6 *Vgl.: http://www.gesis.org/en/services/data/survey-data/allbus/general-information/*
7 *Zusammenfassung der Kategorien: „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“.*
8 *Zusammenfassung der Kategorien: „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“.*
9 *Vgl. Scheller (2002), S. 26.*
10 *Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2003), S. 55.*
11 *Vgl. u. a. Leuschner (1996).*
12 *Vgl. Leuschner (1996), S. 35.*
13 *Vgl. Schmitt und Montada (1999), S. 172.*
14 *Vgl. www.destatis.de*
15 *Vgl. Elis (2000), S. 70.*
16 *Vgl. Alheit (2005), S. 34.*
17 *Vgl. Alheit (2005), S. 33ff.*
18 *Vgl. Bourdieu (1982).*
19 *Alheit (2005), S. 34.*